ZENTRALSCHWEIZER
REGIERUNGSKONFERENZ

Sekretariat ZRK
Dorfplatz 2
6371 Stans

Tel. 041 618 79 21
Fax 041 618 79 11
info@zrk.ch
www.zrk.ch

Die Schweizerische Post

Herrn Anton Menth
Verwaltungsratspräsident

Herrn Dr. Ulrich Gygi
Vorsitzender der Konzernleitung

Viktoriastrasse 21
3030 Bern

Stans, 26. November 2002

Projekt REMA / Künftige Standorte der Briefzentren
Stellungnahme der Zentralschweizer Regierungskonferenz

Sehr geehrter Herr Menth
Sehr geehrter Herr Gygi

Die von der Post beabsichtigte Massnahme, im Rahmen des anstehenden Reformprojektes ihrer Brieflogistik (REMA) das Briefzentrum Luzern zu schliessen, hat nicht nur am Standort selber, sondern in der Region Zentralschweiz zu heftigen Reaktionen geführt. Diese beschränkten sich nicht auf das betriebliche Umfeld des Briefzentrums und der Post. Auch auf den politischen Ebenen sind deutliche Reaktionen der Unzufriedenheit und Unsicherheit geäussert worden.

Mit grosser Befriedigung haben wir nun zur Kenntnis genommen, dass die Post von der Umsetzung der reinen Drei-Zentrenlösung Abstand nehmen will und auch auf die Fünf-Zentrenlösung verzichtet. Wir begrüssen die Absicht, das Projekt unter Aspekten der personalpolitischen Bedürfnisse, regionalpolitischen Anliegen und den Auswirkungen auf die Umwelt neu zu überprüfen. Wir möchten Ihnen dazu die Ansicht der Zentralschweizer Regierungskonferenz mitgeben, die sich an ihrer vergangenen Konferenz mit dem Thema Briefzentren auseinander gesetzt hat.

Aus einsichtigen Gründen wird in der Zentralschweiz vor allem dem Szenario, die neuen Briefzentren auf der gleichen Ost-West-Achse Freiburg-Langenthal-Aarau-Zürich zu erstellen, kein Verständnis entgegengebracht. Diese Entwicklung beunruhigt nicht nur die Behörden und die Bevölkerung des Kantons Luzern. Sie bereitet auch den Regierungen der übrigen Kantonen der Zentralschweiz grosse Sorgen.

Dazu gibt es mehrere Gründe. Einerseits hat das Briefzentrum in Luzern Beschäftigungswirkungen weit über die Kantonsgrenzen von Luzern hinaus. Im bestehenden Briefzentrum arbeiten gegen 100 Personen, welche ausserhalb des Standortkantons Luzern wohnen. Luzern ist für diese Personen in Pendlerdistanz. Mit dem Verschwinden des Briefzentrums in der Zentralschweiz verliert diese grosse Anzahl von Personen ihren Arbeitsplatz. Die Zentralschweiz, vom Arbeitsplatzabbau des Bundes in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark betroffen, würde somit eine weitere merkliche Schwächung erfahren.

Anderseits würden bei der zur Diskussion stehenden linearen Anordnung der Briefzentren an der Ost-West-Achse fragwürdige regionalpolitische Signale gesetzt, vor allem was die zukünftige Raum- und Ent-

wicklungsplanung angeht. Aus Sicht der Zentralschweizer Regierungen ist daher eine Lösung anzustreben, welche auch aus Sicht der Regionalpolitik zu genügen vermag und welche vor allem die Region Zentralschweiz nicht dermassen vernachlässigt, wie das bei der Realisierung von den drei Zentren im Mittelland der Fall gewesen wäre. Ergänzend sei in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass die Post, gemäss ihrer strategischen Zielsetzung, die Anliegen der Regionen zu Gunsten einer angemessenen Verteilung der Arbeitsplätze zu berücksichtigen hat.

Die nun verworfene Lösung mit lediglich drei Briefzentren hätte auch in ökologischer Hinsicht Fragen aufgeworfen. Die Bedenken stützen sich auf die Tatsache, dass mit weniger Zentren mehr und längere Umwegverkehre erzeugt werden.

Aus der Sicht der Zentralschweizer Kantone sind die Zahl und Standorte der künftigen Briefzentren daher kritisch zu prüfen. Der Raum Zentralschweiz mit direkten Beziehungen zu den Grossräumen Zürich/Aarau/Langenthal, zur Südschweiz und zur Region Basel ist in die Lösungssuche mit einzubeziehen.

Die Regierungen der Zentralschweizer Kantone vertreten einhellig den Standpunkt, in der jetzt neu zu überarbeitenden Konzeption nicht nur die Ost-West-Achse, sondern auch Varianten mit Einbezug der Nord-Süd-Transitachse mit zu berücksichtigen. Die Zentralschweizer Regierungskonferenz ist überzeugt, dass auch unter der Beachtung vertretbarer regionalpolitischer Anliegen ein Sortier- und Verteilsystem realisiert werden kann, welches der Post die für die Zukunft nötige verbesserte Kostenstruktur ermöglicht, damit sie weiterhin als starke und leistungsfähige Unternehmung im Wettbewerb mithalten kann.

Wir ersuchen Sie, unsere Anliegen und Anregungen in Ihren weiteren Abklärungen und Entscheidungen zu berücksichtigen. Für Ihre Bemühungen im Interesse einer bestmöglichen Lösung danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

Für die Zentralschweizer Regierungskonferenz

Statthalter Dr. Paul Huber, Konferenzpräsident

Vital Zehnder, Konferenzsekretär

Kopie an: Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher UVEK
Eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Zentralschweiz